

Hundt, Dieter; Schulte, Dieter

Article — Digitized Version

Die Erwartungen an die neue Bundesregierung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hundt, Dieter; Schulte, Dieter (1998) : Die Erwartungen an die neue Bundesregierung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 78, Iss. 11, pp. 639-644

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40106>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Erwartungen an die neue Bundesregierung

Die Bundestagswahlen haben zu einem Regierungswechsel und damit zu einer Änderung des wirtschaftspolitischen Paradigmas geführt. Was erwarten Arbeitgeber und Arbeitnehmer von der neuen Bundesregierung? Dr. Dieter Hundt von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Dieter Schulte vom Deutschen Gewerkschaftsbund äußern ihre Vorstellungen.

Dieter Hundt

Planungssicherheit, Flexibilität, Kostenmanagement: Die Erwartungen der Arbeitgeber

Regierungswechsel gehören zur Demokratie. Es ist deshalb Teil der unternehmerischen Aufgabe, unter wechselnden politischen Verhältnissen mit sich verändernden binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen konkurrenzfähig und profitabel zu bleiben. Ein Wechsel der Regierung hat aber keinen Wechsel bei den grundsätzlichen Forderungen der Wirtschaft an die Politik zur Folge. Die Wirtschaft erwartet von jeder Regierung dasselbe: Langfristige Planungs- und Investitionssicherheit bei den relevanten Rahmendaten, die Gewährung von möglichst viel betriebswirtschaftlicher Flexibilität und die Möglichkeit, ein international konkurrenzfähiges Verhältnis von Kosten und Qualität bei den Produktionsfaktoren zu erzielen. Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, daß wechselnde Koalitionen bei der Verfolgung dieser Ziele unterschiedliche Schwerpunkte setzen.

Die Etablierung einer rot-grünen Regierung zieht einen grundlegen-

den Paradigmenwechsel in der wirtschaftspolitischen Rhetorik und Maßnahmenplanung nach sich. Während die Koalition aus CDU/CSU und FDP in den letzten Jahren einen eher angebotsorientierten Kurs verfolgt hat, steht nun ein scharfer Wechsel zu einer nachfrageorientierten und interventionistischen Politik ins Haus. Während das Kabinett Kohl über die Themen „Standortwettbewerb“ und „Kostenkrise“ die Arbeitslosigkeit an der Wurzel zu bekämpfen begann, hat die jetzige Regierung Schröder im Wahlkampf die Themen „Bündnis für Arbeit“, „Gerechtigkeit“ und „Ökologie“ in den Vordergrund gestellt. Während Kohl/Schäuble auf die Stärkung von dezentralen und flexiblen Marktkräften vertrauten, und folgerichtig durch Reformen einen verbesserten Kosten- und Flexibilitätsrahmen schaffen wollten, setzen Schröder/Lafontaine auf eine gleichsam „abstrakte“ Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mittels staatlicher Regelungen, Kontrollen

und Vorschriften. Arbeitsplätze sollen gleichsam durch die Schaffung von „mehr Gerechtigkeit“ oder Ökologie entstehen.

Es fällt den meisten Ökonomen intellektuell schwer, an die Wirksamkeit eines solchen – im übrigen nicht gerade neuen – Rezepts zu glauben. Insbesondere wird es fast allen Unternehmen wirtschaftlich schwerfallen, vor dem Hintergrund bevorstehender Faktorverteuerungen profitable Arbeitsplätze im Rahmen eines derartigen „Bündnis für Arbeit“ zu schaffen.

Die langfristige Planungssicherheit bei Investitionen wird in Zukunft abnehmen. Die von Regierungsvertretern angekündigte sogenannte „international abgestimmte, intelligente Mischung“ aus Fiskal-, Lohn- und Geldpolitik ist nichts anderes als der Versuch eines Roll-back in die gescheiterte Globalsteuerung und wird zu neuem „Politikversagen“ und dauerhafter Instabilität führen.

Lehren aus der Geschichte

Wer glaubt, makroökonomische Größen wie eine Uhr auf Vollbeschäftigung stellen zu können, träumt noch immer den süßen Traum eines funktionierenden „*social engineering*“, bei dem ein planendes Kanzleramt der unverständigen Wirtschaft zeigt, wie über Bündnisse auf allen Ebenen Arbeitsplätze geschaffen werden. Die keynesianische Antizyklus der 70er Jahre war aufgrund des hektischen „*stop and go*“ von Fiskal-, Geld- und Lohnpolitik nicht in der Lage, den Konjunkturzyklus angemessen zu stabilisieren. Für die heutige strukturelle Krise bieten der Konjunkturtheoretiker Keynes und seine Epigonen aber noch nicht einmal ein passendes Rezept an.

Hohe Zinsen, eine stabilitätsfeindliche Inflationsrate, eine dramatisch anwachsende Verschuldung zusammen mit einer sprunghaft angestiegenen Arbeitslosigkeit waren die schwere Erblast, mit der die Kohl-Regierung fertigwerden mußte. Der lange Aufschwung in der zweiten Hälfte der 80er Jahre wäre ohne den Übergang zu einer berechenbaren Angebotspolitik nicht möglich gewesen. Erinnern wir uns: Eine saubere Ordnungspolitik ist die beste Wachstumspolitik für Investitionen und Arbeitsplätze, denn der Markt weiß besser als die Politik, wo die Arbeitsplätze der Zukunft entstehen. Denken wir in langfristigen Wachstumszusammenhängen statt in kurzfristiger Konjunktur- und Nachfragepolitik und lernen wir aus der eigenen Geschichte!

Der Reformdruck wird geleugnet

Die Tatsache, daß Deutschland bei den Arbeitskosten noch immer

Weltmeister und bei den Umsatzrenditen noch immer Schlußlicht ist, wird von der neuen Regierung nicht als zentrales Problem wahrgenommen. Die USA, Großbritannien und die Niederlande machen uns vor, wie profitable Unternehmen moderne Arbeitsplätze schaffen. Die neue Regierung aber hat zur Globalisierung zwei widersprüchliche Meinungen: Einerseits spielt sie die Standortdiskussion des letzten Jahrzehnts zur verbändepolitischen „Geisterdebatte“ herunter und andererseits überdramatisiert sie die Auswirkungen der Globalisierung, um Absprachen, Harmonisierung oder „Pakte“ und „Bündnisse“ auf europäischer oder internationaler Ebene einzufordern.

Die strukturelle Kostenkrise der deutschen Wirtschaft wird auf eine oberflächliche Finanzierungsdiskussion bei den Lohnzusatzkosten verengt und höchst vordergründig durch Umschichtungen von Beitragsgeldern auf Steuermittel oder andere Schattenhaushalte zu lösen versucht. Die erfolgreichen Reformbemühungen der letzten Jahre bei den Sozialversicherungen werden als „überflüssig“ und „ungerecht“ beschrieben. Der Reformdruck wird geleugnet und dem Patienten wird wohlschmek-

kendes, aber teures Placebo verschrieben. Auch wenn es niemand auf der Regierungsbank explizit zugibt: Staats-, Steuer- und Sozialquoten werden damit zukünftig steigen und nicht fallen. Weniger Netto für alle wird die unausweichliche Konsequenz dieser Politik sein.

Auch die betriebswirtschaftliche Flexibilität in den Unternehmen wird als Folge eines ausufernden Bündnisgedankens und zusätzlicher Steuerungswünsche abnehmen. Die geplante Zwangsbeschäftigung der Arbeitszeit (Wochenarbeitszeit, Überstunden, Recht auf Teilzeit) durch Gesetz und/oder Absprachen, die geplante Stärkung der Allgemeinverbindlichkeit, die defensive Haltung gegenüber den geringfügigen Arbeitsverhältnissen und der sogenannten „Scheinselbständigkeit“ sowie die drohende Politisierung der Arbeitsverhältnisse insgesamt überziehen die Unternehmen mit Auflagen und Kosten, die mehr mit sozialdemokratischen Versprechungen zum Thema *political correctness* als mit effizienter Wirtschaftspolitik zu tun haben. Die deutsche Wirtschaft glaubt nicht an wohlfeile wirtschaftspolitische „Wunderwaffen“, die an Bündnistischen scharf gemacht werden können, sondern an eine verlässliche Regierung, die als Partner der Unternehmen und Bürger für viele flexible Lösungen sorgt.

Die Forderungen der Wirtschaft

Die Forderungen der Wirtschaft an die Politik sind deshalb eindeutig.

□ Wir brauchen einen Staat, der sich zurücknimmt. Staats- und Steuerquoten müssen sinken und nicht steigen. Eine substantielle Nettoentlastung von Bürgern und Unternehmen ist nur dann mög-

Die Autoren
unseres Zeitgesprächs:

Dr. Dieter Hundt, 60, ist Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Köln.

Dieter Schulte, 58, ist Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf.

lich, wenn sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentriert. Privatisierungen und Subventionskürzungen müssen am Beginn einer Legislaturperiode durchgeführt werden. Sie schaffen die Voraussetzungen für echte Nettoentlastungen im Steuersystem.

□ Gleichzeitig brauchen wir eine Steuerreform, die den Namen verdient. Die Petersberger Steuervorschläge sind das Beste, was zu diesem Thema in den letzten Jahren vorgelegt wurde. Implizit hat dies auch die neue Regierung zugestanden, denn auch das Koalitionskonzept ist darum bemüht, sich optisch an den Leitideen der Tarifabsenkung durch eine Begrenzung bei den Steuerausnahmetatbeständen zu orientieren. Die Regierungsvorschläge sehen aus wie eine Reform, aber sie sind keine. Lafontaine sollte nun den Mut

haben, die ursprünglich formulierten Ideen, die eine Stärkung der Investitionen zum Ziel haben, wieder aus dem Aktenschrank zu holen. Mit einer sogenannten „Großen Steuerreform“, die aller Voraussicht nach fast allein auf dem Rücken der gewerblichen Wirtschaft ausgetragen wird, schwächen wir den Standort und damit letztlich auch den Arbeitsmarkt.

□ Der Sozialstaat muß ebenfalls auf seine Kernkompetenzen begrenzt werden. Er darf seine Aufgabe nicht länger als Besitzstandsversicherung begreifen. Wir brauchen eine Basissicherung im Sinne eines Sozialen Netzes für den Notfall und ergänzende Eigenvorsorge, z.B. durch individuelle Zusatzversicherungen in privater Regie. Das erfordern allein die gewaltigen Veränderungen in der Demographie, auf die sich nicht

nur die Beitragszahler, sondern auch die Leistungsempfänger einstellen müssen. Basissicherung, steuerfinanzierte Transfers und Eigenvorsorge müssen in ein neues Gleichgewicht gebracht werden.

□ Es ist schlicht unseriös, wenn derzeit in Regierungskreisen über einen sogenannten „Generationenpakt“ nachgedacht wird, der sich wie eine kleingedruckte Zusatzvereinbarung zum bestehenden Generationenvertrag in der Rentenversicherung liest. Der demographische Knackpunkt bei allen umlagefinanzierten Systemen liegt darin begründet, daß immer weniger Aktive für immer mehr Ältere bezahlen müssen. Die Tariffondslösungen aus dem Arbeitsministerium – oder andere Umfinanzierungsvorschläge – verschärfen diese Asymmetrie nicht nur, sie nehmen auch die Kosten-

Thomas Blanke/Ralf Trümner (Hrsg.)

Autoren: Thomas Blanke, Bernhard Nagel, Torsten von Roetteken, Ulrich Scheele, Dieter Sterzel, Ralf Trümner

Handbuch Privatisierung

Ein Rechtshandbuch für die Verwaltungspraxis, Personal- wie Betriebsräte und deren Berater

Das Schlagwort vom schlanken Staat führt immer öfter vormalig öffentlich-rechtlich geführte Unternehmen oder Unternehmensteile in privatwirtschaftliche Formen.

Die Unsicherheit der Beteiligten auf Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite bzw. bei deren Interessenorganisationen ist nach wie vor groß. Oftmals ersetzen Vereinbarungen die fehlenden rechtlichen Vorgaben, mangelnde Kenntnisse zu deren Gültigkeit verschärfen die Rechtsunsicherheit.

Das Handbuch beantwortet alle Fragen wie • Zulässigkeit und Grenzen von Privatisierungsvorhaben • wirtschaftlicher Nutzen und Rechtsformwahl • Mitbestimmungsrechtliche Probleme • Aktuelle Probleme aus dem Steuer-, Tarif- und Beamtenrecht und gibt • Gestaltungshinweise und Tips in allen arbeitsrechtlichen Problem-bereichen.

Lesefreundlich mit Checklisten, Musterformulierungen und Praxistips aufbereitet ist das Handbuch der ideale Ratgeber für Kommunen, Personal- und Betriebsräte bzw. deren Rechtsberater.

Die Herausgeber und Autoren:

Prof. Dr. Thomas Blanke, Universität Oldenburg; Ralf Trümner, Rechtsanwalt und Referent bei der Hans-Böckler-Stiftung Düsseldorf; Prof. Dr. Bernhard Nagel, Dr. Torsten von Roetteken, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht, PD Dr. Ulrich Scheele, Prof. Dr. Dieter Sterzel.

1998, 835 S., geb. mit Schutzumschlag, 168,- DM, 1226,- öS, 149,50 sFr, ISBN 3-7890-4871-2

 **NOMOS Verlagsgesellschaft · 76520 Baden-Baden**

wahrheit und den zielführenden Reformdruck aus den Systemen. Ein „Schattenhaushalt“ in der Rentenversicherung, der von den selben Beitragszahlern finanziert wird, senkt die wirklichen Arbeitskosten nicht, sondern erhöht sie an weniger sichtbaren Stellen weiter.

□ Die neue Regierung muß sich deshalb grundsätzlich von dem Gedanken verabschieden, daß unsere wirtschaftspolitischen Probleme allein durch volkswirtschaftliche Umbuchungen zu lösen seien. Weder löst eine Ökosteuern die demographischen Probleme der Rentenversicherung, noch löst ein staatliches Überstundenverbot die strukturellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Der Sozialstaat leidet nicht vorrangig an Fehlfinanzierungen oder „ungerechten“ Verteilungen, sondern an dem wachsenden Keil zwischen Arbeitskosten und Nettoverdiensten. Dieser Keil spaltet die Wachstums- von der Beschäftigungsentwicklung, treibt Investitionen ins Ausland, schreckt Investoren ab und belastet die inländische Kaufkraft. Diesen Keil zu verkleinern muß der archimedische Punkt aller Reformbemühungen sein. Wer den Hebel irgendwo anders anzusetzen versucht, wird letztlich scheitern.

□ Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Ausgestaltung der derzeit gewährten Sozialtransfers (Sozial- und Arbeitslosenhilfe) keine Anreize zur Aufnahme eines ordentlichen Arbeitsverhältnisses bieten. Sie verleiten statt dessen zu einer Mischung aus Inaktivität und Schwarzarbeit. Die deutschen Arbeitgeber haben zur Lösung der Probleme in diesem Nischensegment das Kombi-Einkommen als personenorientierte Förderung vorgeschlagen, weil es eine individuelle Brücke in den Arbeitsmarkt baut. Die neue Regierung sollte

sich umgehend mit diesem Vorschlag auseinandersetzen.

□ Die Versuche der neuen Bundesregierung, sich die Bundesbank gefügig zu machen, sind schleichendes Gift für die Geldwertstabilität und die zukünftige Wechselkursstabilität des Euro. Es ist unbestritten, daß eine stabile Währung die besten Voraussetzungen für Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze bietet. Kleinsparer und Immobilienkäufer haben im letzten Jahrzehnt ganz erheblich von dem verlässlichen monetären Rahmen profitiert. Wer Geldpolitik als kurzfristige Konjunkturpolitik nützen will, erntet zuerst Inflation, dann hohe Zinsen und zum Schluß höhere Arbeitslosigkeit. Die unabhängige Bundesbank ist die Politikinstitution mit dem höchsten Renommee in Deutschland. Sie eignet sich nicht als Sündenbock zur Verschleierung der eigenen Konzeptlosigkeit.

□ Zum zentralen Politikinstrument erhebt die neue Bundesregierung das sogenannte „Bündnis für Arbeit“. Wenn aber die Koalitionsvereinbarung zugrunde gelegt wird, dann liefert die neue Regierung alle Zutaten für ein veritables Bündnis *gegen* Arbeit. Wer Investitionen und Wachstum nicht als wirtschaftspolitisches Ziel, sondern als Voraussetzung für Sozialpolitik betrachtet, der kann die Wirtschaft kaum an einen Bündnistisch locken. Aus einem Händedruck im Bundeskanzleramt können nur dann wirklich Arbeitsplätze entstehen, wenn dadurch die kostenmäßige Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessert wird.

Falsche wirtschaftspolitische Weichenstellungen

Das vorgeschlagene Bündnis ist deshalb eine wirtschaftliche und politische Gefahr, weil es auf der

Grundlage der Koalitionsvereinbarungen keinen Erfolg haben kann, der Wirtschaft aber die Hauptlast und die Rolle des Schuldigen zuweist. Ohne Steuersenkung, nachhaltige und kostensenkende Strukturreformen in der Sozialversicherung und ohne eine moderate Lohnpolitik können die Unternehmen keine Arbeitsplätze schaffen. Nur wenn ein pragmatischer Grundkonsens beinhaltet, daß die strukturelle Krise auf dem Arbeitsmarkt ausschließlich durch ein Zurückfahren der staatlichen Aktivitäten und durch eine Erweiterung der Spielräume vor Ort gewährleistet werden kann, sind Gespräche hilfreich.

Die deutsche Wirtschaft steht selbstverständlich zu jedem konstruktiven Dialog mit der Bundesregierung zur Verfügung. Die deutschen Arbeitgeber werden sogar aktiv auf die neue Bundesregierung zugehen, gerade weil deren wirtschaftspolitische Pläne falsche Weichenstellungen vorsehen. Die Unternehmer wollen gerne einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten, aber sie können mit schwereren Klötzen am Bein nicht höher springen.

Arbeitsplätze entstehen nicht durch gesetzlichen oder korporatistischen Zwang, sondern durch innovative Produkte und durch eine konkurrenzfähige Kostensituation. Für das erste sorgen die Unternehmen gerne selber, aber für das zweite brauchen sie einen Staat, der sich nicht übernimmt, sowie die Vernunft und Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaften.

Wenn die neue Regierung sich tatsächlich an ihrem Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit messen lassen will, sollte sie dies nicht vergessen.

Dieter Schulte

Die Erwartungen des DGB

Die Bundestagswahlen haben eine neue Regierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen an die Macht gebracht, weil die Menschen eine neue Politik wollen. Die alte Bundesregierung ist an der Arbeitslosigkeit gescheitert, gescheitert ist sie aber auch an der Frage der sozialen Gerechtigkeit. Von der neuen Bundesregierung erwarten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, daß sie diese Mißstände beseitigt.

Der DGB hat mit seinem Aktionsprogramm und mit seiner Kampagne „Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ hierfür Vorschläge gemacht. Unsere Position ist: Das wichtigste Ziel ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze: denn die Menschen wollen aus eigener Kraft ihre Lebensperspektiven verbessern. Deutschland muß aber auch sozial gerechter werden: Die Kluft zwischen Armen und Reichen in unserem Land muß kleiner werden, und diejenigen, die nicht selbst für ein ausreichendes Einkommen sorgen können, müssen vom Sozialstaat die notwendige Unterstützung erhalten. Wir brauchen gesellschaftliche Reformen. Es geht darum, Innovationen zu fördern, den Sozialstaat zu modernisieren und die Handlungsmöglichkeiten der Menschen zu erweitern.

Eine Vielzahl unserer Vorstellungen hat im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung vom 20. Oktober 1998 Eingang gefunden. Zu Recht hat die neue Regierung die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

an den Anfang und ins Zentrum ihrer Vereinbarungen gestellt. Zu Recht strebt sie ein Bündnis für Arbeit und Ausbildung an. Der Koalitionsvertrag ist ein unmißverständliches Signal für einen Politikwechsel. Er bietet eine Fülle an Absprachen, die mich hoffnungsfroh stimmen, daß es nun mit mehr Arbeit und mit mehr sozialer Gerechtigkeit vorgeht. Es kommt nun darauf an, Worte und Geist der Vereinbarungen zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen in die Tat umzusetzen.

Bündnis für Arbeit

Ein erster Schritt wird sicher sein müssen, daß die neue Bundesregierung nun Gewerkschaften wie Unternehmer zu Gesprächspartnern für ein Bündnis für Arbeit zusammenruft, damit dort konkrete Umsetzungsschritte auch für solche Themen vereinbart werden können, bei denen alle drei Beteiligten gefordert sind. Wir müssen endlich wieder einen gesellschaftlichen Konsens darüber herstellen, daß alles getan wird, was möglich ist, um die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen und um das Soziale an unserer Gesellschaft nicht unter die Räder kommen zu lassen. Ich erwarte, daß jetzt rasch umgesetzt wird, was sich schnell umsetzen läßt. Ich erwarte aber auch, daß unverzüglich mit der Arbeit an Reformen begonnen wird, die eher mittelfristig wirken. Beides muß getan werden: die Umsetzung von Sofortprogrammen für Arbeitslose und die Korrektur von krassen

beschäftigungs- und sozialpolitischen Fehlentscheidungen der alten Bundesregierung ebenso wie die Schaffung eines Reformklimas, das dem Politikwechsel Kraft und Stabilität verleiht.

Ich unterstütze die neue Bundesregierung in ihrer Absicht, für arbeitslose Jugendliche ein Sofortprogramm aufzulegen. Keine Frage, es muß höchste Priorität haben, daß junge Menschen eine Chance für den Einstieg in die Erwerbsarbeit erhalten. Dazu gehört an erster Stelle, daß es endlich genügend qualifizierte Berufsausbildungsplätze gibt.

Dieses Sofortprogramm muß der erste Schritt zu einer umfassenden Qualifizierungsoffensive sein. Die Weiterbildung ist besonders wichtig. Deshalb brauchen wir ein Bundesrahmengesetz für Weiterbildung.

Arbeitsmarktpolitik

Meine Zustimmung findet auch die Absicht der Bundesregierung, die aktive Arbeitsmarktpolitik fortzuentwickeln. Die Regierung Schröder will die Arbeitsförderung auf hohem Niveau fortführen. Ich erwarte nun aber auch konkrete Vorschläge, wie die vom Luxemburger Beschäftigungsgipfel geforderte Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ausgestaltet werden soll.

Die neue Bundesregierung will faire Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt schaffen. Das ist gut so. Ich möchte dies aber gleich konkretisieren: Zurückgedrängt werden muß die Scheinselbständigkeit, zu

senken ist die Geringfügigkeitsgrenze von 620 bzw. 520 DM, illegale Beschäftigung muß wirksamer bekämpft werden. Dieser Kampf muß auch auf europäischer Ebene stattfinden.

Eine moderne flexible Arbeitszeitpolitik ist einer der stärksten Hebel, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die neue Bundesregierung zeigt sich hierzu zwar grundsätzlich bereit, bleibt aber mit ihren Absichten zu vage. Weitere Arbeitszeitverkürzungen sind, im privaten wie öffentlichen Sektor, unverzichtbar. Teilzeitarbeit, Alterszeit sowie Einstiegszeiten für Jüngere und der Abbau von Überstunden usw. lassen sich tarifvertraglich vereinbaren. Aber wir müssen auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen verbessern, und zwar für flexible Formen der Arbeitszeitverkürzung und für die Vereinbarung von Arbeitszeitkonten.

Ebenfalls kurzfristig müssen und können beschäftigungs- und sozialpolitische Fehlentscheidungen der alten Bundesregierung korrigiert werden. Dazu sagen die Koalitionsvereinbarungen das Nötige aus.

Reformbedürftige Politikfelder

Ein Politikwechsel muß nicht nur schnell Erfolge bringen. Er braucht auch mittel- und langfristig angelegte Reformen, die jedoch nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfen. Es herrscht wahrlich kein Mangel an Politikfeldern, die reformbedürftig sind. Wir müssen die Wirtschaft und die Beschäftigungspolitik modernisieren und das Steuersystem und den Sozialstaat reformieren. Ich will mich auf einige Aspekte beschränken.

Die Angebots- und Nachfragepolitik zu kombinieren, wie es vereinbart wurde, halte ich für sinn-

voll. Es macht Sinn, eine konjunkturgerechte und solide Finanzpolitik mit der Verstetigung der öffentlichen Zukunftsinvestitionen auf möglichst hohem Niveau und einer besseren internationalen Zusammenarbeit in der Wirtschafts-, Finanz-, Geld- und Währungspolitik zu verknüpfen. Die Notwendigkeit, die Staatsfinanzen zu sanieren, setzt dem gewisse Grenzen. Deshalb ist der von den Koalitionspartnern formulierte Finanzierungsvorbehalt sicher angemessen. Dennoch bin ich der Auffassung, daß es vertretbar ist, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine vorübergehende höhere Neuverschuldung in Kauf zu nehmen, denn würden Einsparungen zu einem Dogma werden, besteht die Gefahr, daß eine prozyklische Wirkung entfaltet und die inländische Nachfrage geschwächt wird. Das würde die Arbeitslosigkeit in die Höhe treiben.

Die Innovationskraft der Wirtschaft muß gesteigert werden. Im Grundsatz bin ich darin mit der neuen Bundesregierung einig. Wir müssen aber auch neue Wege in der Technologie-, Verkehrs- und Umweltpolitik gehen. Einen Schritt nach vorn würde es bedeuten, wenn in der Technologiepolitik nicht nur die technischen Aspekte, sondern auch Fragen der Organisation des Innovationswettbewerbs und der Vernetzung des Innovationsgeschehens in Angriff genommen würden. Ich halte es für notwendig, daß sich Staat, Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften an einen Tisch setzen, um einen konstruktiven Innovationsdialog zu beginnen. In der Verkehrs- und Umweltpolitik wird es höchste Zeit, daß ökologische Gesichtspunkte neben ökonomischen Gesichtspunkten ein größeres Gewicht erhalten. Insbesondere beim betrieblichen Umwelt-

schutz muß die neue Bundesregierung nachbessern.

Geplante Steuerreform

Zum Abschluß noch ein Wort zur geplanten Steuerreform. Sie ist von den Unternehmer- und Wirtschaftsverbänden heftig kritisiert worden, aber sehr einseitig und ohne Blick auf das gesellschaftliche Ganze. Ich bin der Auffassung, daß, wenn man alle Facetten der Reform zusammen betrachtet, die vereinbarten Ansatzpunkte geeignet sind, neue Arbeitsplätze zu schaffen und soziale Ungerechtigkeiten zu verringern. Es darf doch nicht einfach unterschlagen werden, wie stark gerade die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen inzwischen zur Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben beitragen, und wie stark umgekehrt Unternehmen und die Bezieher hoher Einkommen in den letzten Jahren entlastet wurden oder es verstanden haben, Steuerschlupflöcher auszunutzen. Und es darf auch nicht vergessen werden, daß der alte Satz nach wie vor gültig ist, daß Autos keine Autos kaufen, sondern von den Menschen gekauft werden müssen.

Ich finde darüber hinaus, daß auch der Einstieg in die sozial-ökologische Steuerreform von Augenmaß zeugt. Unternehmen und Verbraucher können sich nun mittel- und langfristig auf energiesparende Produkte und Verhaltensweisen einstellen. Hier wurden langfristig die Weichen für ein umweltschonendes Wirtschaften und Leben gestellt.

Auch ich habe die eine oder andere Kritik an den Inhalten der Koalitionsvereinbarungen. Aber ihre Richtung stimmt. Der DGB und seine Gewerkschaften werden konstruktiv daran mitarbeiten, daß es nun Schritt für Schritt vorangeht in Deutschland.